

# Hungerprogramm für die Freitaler Arbeiter

Neue Steuern, neue Not! Massenend für die Werktätigen!

Die Wachstumsrate des Staates, wobei auch die Gemeindepolizei gehört, müßte deshalb auf der Höhe gehalten und beibehalten werden.

Freital. Die Stadtverordnetenversammlung vom 28. März stand im Zeichen des Haushaltplans. Aufgestellt wurde dieser von einem SPD-Oberbürgermeister und genehmigt von der absoluten Mehrheit der SPD im Stadtparlament. Die oben zitierten Sätze deildeten diesem Haushaltplan den Stempel auf. Zug die werktätige Bevölkerung Freitals bedeutet er verschärzte Not, vermehrtes Elend, erhöhte Unterdrückung und neuen Hunger. Der „Ober“ leidet begründet dieses Nachteil, das jedem bürgerlichen Finanz-

techniker zur Ehre gereichen würde.

Um besten Nutzen führt sich dieser Haushaltplan ein, wenn man das Begeleitreden kennt, in dem rücksichtslos erläutert wird, daß sämtliche Anträge betreffs minderer höherer Positionen zwecklos sind. Das heißt soviel wie, entweder der Staat wird angenommen wie er ist, oder er wird durch Verordnung diktiiert.

Einen großen Teil der Stadtrede nimmt das Kapitel Krisen- und Wohlhaberwerbsbeschränkung ein, das in diesem Jahre als besonderer Haushaltspunkt II erscheint. Dieser Teil des Gesamt- stätschlags mit einem Defizit von über 2 Millionen Mark ob-

Ratssitzung sind die Zahlen der Erwerbslosen gerade in Freital angewachsen. Die Zahl der Krisenunterstützten stieg von März 1930 bis Februar 1931 auf 1600 Einwohner berechnet im Reichsdurchschnitt von 4,6 auf 13,8 Prozent

Landesdurchschnitt von 9,5 auf 20,4 Prozent  
in Freital von 14,1 auf 47,8 Prozent

Wohlhaberwerbsbeschränkung gab es in Freital am 1. Januar 1930: 258, am 15. März 1931: 1825, und nach einem vom Arbeitsamt an-

gefundenen Zugang Ende März, Anfang April: rund 3000. Des halb auf 1000 Einwohner kommen 51,28 Wohlhaberwerbsbeschränkungen. Besondere Anträge der Kommunisten zur Verbesserung der Lage der Erwerbslosen werden von der SPD-Mehrheit abgelehnt, weil kein Geld vorhanden sei, die Kreisbildungsfest der Stadt gefährdet werde, und was vergleichbare Phrasen mehr sind. Das hinderte aber dieselbe SPD nicht, 90 000 Mark Schulden für die die Stadtkasse gewährte Subvention in Höhe von einer Million Mark zu bewilligen.

Nichts ist eingesetzt für den Wohnungsbau, für die Vinderung des Wohnungsmuts infreiheit. Die Mietzinssteuermittel sind bis einschließlich 1933 verbraucht, aber einen reisigen Apparat im Städtebau unterhält man noch, um die Bauarten in Ordnung zu bringen (sehr wichtig).

Nicht ein Pfennig ist für Sonderunterstützungen an die jahrlang Erwerbslosen eingezahlt.

Der Oberbürgermeister legt, daß einige Kapitel so niedrig angelegt sind, daß sie keinerlei nicht verantwortet werden können. Eines ist z. B. das Kapitel „Polizeiverwaltung“. Dieses Kapitel verschweigt die Vollausstattung ihrer Beamten. Es heißt da wörtlich:

„Verschiedene Kreise benutzen die Infolge der ungeheuren Erwerbslosigkeit eingetretene Risse der Verdüllung zur außerordentlichen Verstärkung der politischen Gegenläufe, so daß es bereits zu Zusammenstößen und Störungen der öffentlichen Ruhe u. Sicherheit gekommen ist. Die Wachstumsrate des Staates woge auch die Gemeindepolizei gehört, müssen deshalb auf der Höhe gehalten und weiter ausgebaut werden. Leider kann

Freital infolge fehlender Mittel von 87 platzmäßigen Polizeibeamten nur 28 belegen... Sämtliche Polizeibeamten, vom ersten bis zum letzten, haben bisher ihre schwere Pflichten und gesetzeshalt erfüllt. Sie haben unparteiisch für Ruhe und Ordnung gesorgt... Ich benutze diese Gelegenheit, unserer Polizei meine persönliche Anerkennung zum Ausdruck zu bringen. Damit gebe ich mich der Erwartung hin, daß die Polizei auch in Zukunft ihre Pflicht bis auf den letzten Mann erfüllen wird.“

SPD-Fraktion schlägt bedingungsloses.

Daher lo gesehene Stat nicht nur das Nachwort eines SPD-Oberbürgermeisters ist, dem es der Redner der SPD, der Stadtverordnete Wenzl, indem er sagte, daß es sich erbringe, bei dieser „jählichen Rede“ des Oberbürgermeisters, noch viel zu sagen. Gewiß, es ist nicht alles nach Wunsch, aber... die Finanzierung der Stadt um. Über dieser leidet Wenzl auch, daß das Jürgen an. Jeder Arbeiter weiß heute, daß Rückland im Aufbau des Sozialstaates begriffen ist, und der Kampf der gelösten kapitalistischen Welt gegen Rückland beweist es. Die Arbeiter müssen ihr erkennen, daß sie unter Führung der SPD niemals zum Sozialstaat kommen werden, daß diese nur Butterkippenpolitik treiben.

Die Bürgerlichen könnten es sich bei dieser Situation leisten, gegen den Haushaltplan zu reden und zu stimmen, haben sie doch einen guten, etropopen Schwalter in der SPD-Fraktion.

Nur die KPD gegen Hungerstat.

Die Redner der kommunistischen Fraktion begründeten ihr Verbesserungsanträge zu den einzelnen Kapiteln des Sozialstaates so forderten die Belebung der Rücksichtspflicht bei Bürgerempfängern.erner loberten sie die Streichung des Vollzugs, denn wie war es voriges Jahr im Döhlener Hof, wo die Polizei auf die von den Nazisabtobten angegriffenen Arbeiter mit dem Gummimüppel einschlug? Weiter verwies unser Redner auf Rückland, dort keine Kreise, keine Erwerbslosigkeit, dafür heilende Röhre, längere Arbeitszeit, aber auch keine Korruptionsgeschäfte an die verpflichteten Staatsbeamten.

Im Schlusserklärung Klimpel: Bei der Qualität der kommunalen Ausführungen sei es ihm nicht möglich, darauf einzugehen. Also haben wir dem Regel auf den Kopf getragen. Was sollte er auch zu den Kommunisten sagen, wenn ihm vorgehalten wird, daß in Rückland ein Polizeikommissar nur den vierten Teil des Gehalts des Freitaler Oberbürgermeisters hat.

Und so wurde der Haushaltplan mit SPD-Mehrheit gegen die Stimmen der KPD und eines Teiles der Bürgerlichen angenommen.

**Wieder ein voller Erfolg der KJVD**

Am Mittwoch dem 25. März führte der KJVD seine Schlußfeier durch. Über 100 Personen, zum überwiegenden Teil Jungarbeiter, nahmen daran teil. Die Veranstaltung war umrahmt von den Aufführungen der neu geschaffenenagitprop

**Die Aufgabe jedes Parteimitgliedes ist: unermüdliche Werbung für die Arbeiterstimme!**

## Freitaler GPD gegen Wohnungsbau

Folgender Antrag der KPD stand auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am 28. März:

In einer von Wohnungsmietern in häuslichen Hausrückständen eindringen und stark belasteten Versammlung, welche am 18. März d. J. in der „Alten Post“ stattfand, und zu welcher auch Vertreter der proletarischen Traditionen des Stadtparlements eingeladen waren, wurde einstimmig eine Entschließung gelesen, in der zum Ausdruck kommt, daß die Herabsetzung des Mietzuschusses von 50 Prozent auf nur 20 Prozent durch das

### Frauen in Not

Freitag und Sonnabend im Residenztheater Piscator spielt!

Wohlfahrtsamt an die erwerbslosen Mieter untragbar sei, und beide proletarischen Traditionen erlaubt werden, allen erwerbslosen Mietern häuslicher Neubaumwohnungen die 50 Prozent Mietzuschlag weiterhin herzustellen und den Not zu erledigen, die angedrohte Ermittlung wegen rücksichtiger Mieten nicht zur Durchführung zu bringen.

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion führt sich versucht, folgenden Antrag einzubringen:

- die Herabsetzung des Mietzuschusses von 50 Prozent auf 20 Prozent zu revidieren und den alten Satz von 50 Prozent wieder herzustellen;
- b) Ermittlungen wegen Mieträuberinnen, die ihre Urkunde in der Erwerbslosigkeit der betreffenden Mieter haben, nicht durchzuführen."

### Deutlichkeit des Antrags:

Kollegium-mehr beschließen: Für alle vom Wohlfahrts- und Bürgeramt betreuten wird eine einheitliche Fälligkeitsunter-

stützung durchgeführt. Die Räume werden in folgender Höhe festgelegt:

Ehepaar mit eigenem Haushalt . . . . . 110 M. monatl.  
Alleinstehende Personen mit eigenem Haushalt . . . . . 85 M. monatl.  
Alleinstehende Personen ohne eigen. Haushalt . . . . . 70 M. monatl.  
Kinderzuschlag . . . . . 35 M. monatl.

Gegen diese selbstverständlichen Anträge im Interesse der Arbeiterschaft, besonders der Erwerbslosen, wenden sich die Sozialdemokraten von Schlag eines Tipper und Raben, letzterer als Vertreter der Invaliden, und das mit der Begründung: Tagessatzforderungen der Kommunisten. Dazu wäre zu sagen, daß diese „Arbeitervertreter“ uns doch die Anträge vornehmen konnten, dann wäre doch gleich unter Parteilippchen verlassen.

Zu dem Antrag der KPD-Raben (SPD), daß sich die Kommunisten die Vergleichszahlung des Mieter zunehmen. Eine „große Unrechtmäßigkeit“ nennt er es, wenn diesem berechtigten Verlangen der erwerbslosen Mieter nachkommen würde, und daß die Erwerbslosen nur aus Willensfreiheit keine Miete bezahlen.

Zu dem 2. Antrag sprach Raben (SPD): Ein solcher Antrag entbehre jeder gesetzlichen Unterlage. Er bedauert sehr, aber... hierzu muß man erst ein Reichsgesetz haben. Er befürchtet sogar die Unterordnung, seine Stellung vor der Deutschen Reichsvertretung vertreten zu wollen. Aber in der betreffenden Versammlung „tonnte“ er nicht anwesend sein. Und mit Jopen, er wird auch in einer späteren nicht anwesend sein. Doch ein Stückchen Kommunisten, eben von Wurzen besogen, dabei sehr much, verwundert uns nicht, das geht zu dem General.

Doch auch der Oberbürgermeister mit Hohn diese Anträge abtut, weil er ja im Bett einer Wohnung mit so und so vielen Zimmern ist, auch das habe wir nicht anders erwartet. Er tut das, was Raben unterstellt: nämlich nur die Geiste ausführen, die von der reaktionären Regierung kommen, denn so nannte die KPD in der Wahlzeit die Brünings-Regierung, als es galt, Arbeiterräume zu tödern.

truppe, die Roten Stürmer Freital. Sie traten das erstmal auf und zeigten den Anwesenden den richtigen Weg, auf. Diese Truppe wird sich zu einem kampftüchtigen Kampfmittel der Freitaler Arbeiterschaft entwirken. In kurzen Worten zeigte Goossen Böhme die Länge der werktätigen Jugend und brandartige Blutschlacht auf dem Genossen Henning sowohl als auch das Verbot des 8. Reichsjugendabtes in Berlin durch den Sozialdemokraten Grzesinski. Er töckerte auf, weiter zu läufen, trotz Verbot, und den Kampf zu führen gegen Faschismus. Die Roten Stürmer werden während der Party 5 neue Mitglieder für den KJVD und 5 Abonnenten für die Junge Garde.

Mit dem Gesang der „Internationale“ wurde die Kundgebung geschlossen.

## Feinde der Werktätigen

Schachwitz. Einen sehr verächtlichen „Haftnachschlüssel“ erlaubte sich der sehr bekannte, im Sozialwerk arbeitende sozialistische Hausverwalter und Schlosser Ebert, Schwiegersohn vom Dachdeckermeister Huhle in Schachwitz. Die Mieter des Grundstücks Kleine Schachwitzer Straße 26 führten seit etwa 4 Jahren ein harmloses Zusammenleben mit obengenannten Ebert. Alle Unterhaltungen wurden mit dem komradshaftlichen „Du“ geführt. Eines Tages aber kam Ebert mit einem Schreiber, lächelnd von Wohnung zu Wohnung, um den Mietern mitzuteilen, daß sein Schwiegersohn den Hausverwalterposten an ihn abgetreten habe. Er wollte nur noch mit „Sie“ angelprochen werden. Ihm wurde natürlich die obige Anfrage erwidert. Schritte auf Schritte ließen nun ein. Bis eines Tages die ganze Angelegenheit ins Rollen kam. Es war am Sonntag, dem 22. März. Durch eine sehr laute „Unterhaltung“ mit Ebert kamen alle Pausen auf der Straße an. Viele von Ihnen kannten Ebert sehr gut. Kein Wunder, wenn er etwas große Anwälte zu hören bekam. Durch diese Einigung der Mieter und der umliegenden Einwohner jahrlang Ebert verdeckt, Polizei zu holen. Sein Sohn belogerte das Gebäude wunderbar. Gendarmenoberwachtmeister Reinhardt traf auch ein. Im Hause lächelte man. In Begleitung der Polizei wurde Ebert in sein Grundstück geführt. Um Tore drohte er sich um und rief: „So, nun kann ich mich schlagen“. Dieser Ausdruck war jedoch beim Bevölkerung sehr bekannt, so daß er diesen letzten Gedanken zur Rache nutzte, was natürlich eine grobe Heiterkeit bei der angespannten Maße auslöste. Gegen solche Gestalten müssen die Arbeiter und die Kleingewerbetreibende handeln. Die Kleinbetriebsfirmen werden durch Schreiber vom Finanz- und Trustpolizisten so ausgebeutet, wie die Arbeiter. Die Polizeien wollen die Existenz der notwendigen Einheitsfront aller Werktätigen zerstören. Auch die Mittelschichter müssen erkennen, daß ihre Sicherung aus der Kommunismus ist.

## Mit der Kamera ins Neue Rückland

Eine Reihe besichteter Arbeiterfotografen in die DRGK Einzelkäufe, Anfang 10 Uhr.

Eintritt: 1000 Mark. Eintritt 10 Uhr.

## Die GPD macht jede Ghandtat mit

### Arbeiterkorrespondenz Nr. 607

Wagstyl. Die letzte Sitzung des Gemeinderats bestätigte sich mit der hundertprozentigen Erhöhung der Wertsätze. Diese wurde einstimmig abgelehnt. Der Bürgermeister erhob jedoch Einspruch. Er will diese Erhöhung diktatorisch durchsetzen. Besonders waren die Widerungen des Wirtschaftsrates Freital, der erklärte: „Ich werde gern für 7 - 8 Mark ( soll wohl heißen 7,00 Mark) arbeiten, wenn meine Familie hungrig, weil ich ohne ein Jahr erwerblos bin.“

Die GPD für Ghandratung der Rebezzeit

Durch den Siebziger Schnellbahn ließ die GPD den Antrag auf Erhöhung der Wertsätze auf 10 Minuten einstreichen. Zur Rechtfertigung des Wertsatzanstiegs wurde unter Vorbehalt nicht angegeben. Die Wertsatzsteigerung der Oberbürgermeister Stadt ist abermals hundertprozentig worden. Die dreihundertprozentige Erhöhung des Wertsatzes wird aber schon 2 Jahre durchgeführt und zwar, wie letzterer angegeben wurde, nur zum Zweck des Wertsatzanstiegs auf der Straße. Bezahlbar darf werden, aber ein Markt auf Gegenleistungen haben die Einwohner nicht. Dies zeigt die sehr starke und beständige Einschaltung der GPD am Markt. Die Bezieher, Konsument und Rentner haben sehr beständig, beständig, wie lange noch wohl ich mich das grüßen lassen möchte mit der GPD-Geld. Mit zwei Wertsatzrunden! Gott sei Dank, daß einige Dinge der Wertsatz-

Um die bei der Einschaltung der diesjährigen Elementarschüler drohenden Raumknappheiten zu umgehen, will man den Zusatz beschreiten, auf die Eltern einzurichten, ihre Kinder erst im nächsten Jahre einzuholen zu lassen. Schöffe Tomk wies darauf hin, daß man proletarischen Eltern aus wirtschaftlichen Gründen dies nicht zumuteten kann.

Die Anträge des Bezirksverwaltungsbaus auf endliche Bereitstellung der vom Landtag schon längst bewilligten 10 Millionen Mark, sowie die Erweiterung des Wertsatzanstiegs um einen Erwerbslosen und auf Bevölkerung verbilligen Brotes, wurden angenommen. Zum Abschluß stand ein Antrag der KPD-Kommune, nach dem die Bevölkerung der Gemeinde im Verbands-

Ratssitzung den Widerspruch aus der Sandbacherpartei entfernen ließen. Von dem Abzugweg des Bürgermeisters auf dieses Unternehmen ließen sich lediglich die GPD-Berater einsetzen. Die Bürgermeister kündigten an, und die GPD nimmt als einzige Begegnung. Schließlich befahl der Bürgermeister Spuren zu lösen. Später quittierte über diese neuzeitliche Gedanken berichtigten, die alles vergeben und nichts beanspruchen haben. Werktätige, aus die GPD besteht aus Intellektuellen, übernahmen die Arbeitsergebnisse.

### Der Wertsatz wird herabgelebt

#### Arbeiterkorrespondenz Nr. 702

Die Gemeinderatssitzung hatte die folgende Aussicht einer kleinen Sitzung an der Sandbacherpartei Sitzung am Samstag, den 10. März abgelehnt. Die Gemeinde hat nun von 10 auf 12 Wertsatzrunden auf 2 Minuten zurückgegriffen.

Gemeinderatssitzung. Am Montag abend in der 8. Stunde des 10. März hat die 1000 Wertsatzrunden, das auf den Sandbacher und die Sandbacherpartei zu kommen. Der Gemeinderatssitzung wurde nach bestätigt, und der Sandbacher und der Sandbacherpartei übernahmen die Sandbacher Sitzung übernommen. Der Sandbacher Sitzung soll gegen Sandbacher entschieden werden.